



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

17. Juni 2016

Schauspiel Verfassungsschutz +++ Lethargische SPD +++ Soziale Planung statt Integrationsverhinderung +++

»Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg«



Für soziale Stadtentwicklung (Foto: Michael Joho)

Am 20. Mai stellte die Linksfraktion ein Sofortprogramm vor, das es vom Grundgedanken wie auch von den einzelnen Punkten her wert wäre, stärker in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Hintergrund ist der Umstand, dass Hamburg in diesem Jahr mit **zusätzlichen** Steuereinnahmen von ca. 478 Mio. Euro rechnen kann, die vergleichsweise gute Wirtschaftsentwicklung in Deutschland macht's möglich. 160 Mio. Euro will der Senat für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge investieren, ein Vorhaben, das die LINKE selbstverständlich unterstützt.

Doch die restlichen 318 Mio. Euro will der SPD-GRÜNEN-Senat zurückhalten, Reservenbildung und Schuldenabbau sind die Stichworte.

DIE LINKE ist strikt dagegen und favorisiert, die zusätzlichen Mittel in verschiedene soziale Bereiche einzubringen, die in den letzten Jahren dem Streichungswahnsinn zum Opfer gefallen sind oder einfach zusätzliche Maßnahmen erfordern, um einen Beitrag gegen die aufgehende Arm-Reich-Schere zu leisten. Mittlerweile hat die Linksfraktion auch einen entsprechenden Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft eingebracht – leider vergeblich.¹

Und dafür würde die LINKE das zusätzliche Steuermehraufkommen einsetzen, also die 318 Mio. Euro ausgeben:

Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg

- 2.000 zusätzliche Sozialwohnungen: 250 Mio. Euro
 - Lebenswerte Stadtteile: 11,28 Mio. Euro
 - Beratungsbesuche bei Neugeborenen: 800.000 Euro
 - Erfolgreiche Inklusion an Hamburgs Schulen: 6,7 Mio. Euro
 - Verbesserung des schulischen Ganztags: 3,92 Mio. Euro
 - 240 Vollzeitstellen für Hamburgs Kitas: 6 Mio. Euro
 - Sicherung sozialer Einrichtungen: 25 Mio. Euro
 - 800 Stellen für Langzeitarbeitslose: 13 Mio. Euro
 - Sport für Hamburgs Kinder: 300.000 Euro
 - Deutschkurse für Kinder und Jugendliche: 1 Mio. Euro
- Nachfolgend nehmen wir das komplette Sofortprogramm auf. Als Standortbestimmung und Beleg, für welche Schwerpunkte und Akzentsetzungen die LINKE in Hamburg steht.

¹ Der Antrag findet sich unter: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2016/05/21_4440-Antrag-Sofortprogramm.pdf

Das muss drin sein: Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg

Die am 17. Mai vorgelegte Steuerschätzung belegt es: Hamburg wird 2016 wesentlich höhere Steuereinnahmen haben als geplant. Wie schon in den letzten Jahren, 478 Millionen Euro über dem Etat werden die Einnahmen voraussichtlich in diesem Jahr liegen. Das heißt auch: Hamburg könnte problemlos 478 Millionen Euro mehr ausgeben als bisher geplant.

Doch der Senat will selbst diesen Überschuss in Reserven und die Sondertilgung von Altschulden stecken – wie jedes Jahr. Dabei läuft die Schuldentilgung nach Plan, die zusätzlichen 478 Millionen Euro würden kaum ins Gewicht fallen. Würde diese Summe jedoch an anderer Stelle investiert, könnten damit deutliche und dringend notwendige Verbesserungen für die Hamburgerinnen und Hamburger erreicht werden.

Doch der Senat weigert sich, das überschüssige Geld den notleidenden sozialen Einrichtungen, den Kitas, den Schulen oder dem Wohnungsbau zugutekommen zu lassen. Er argumentiert mit Finanzrahmengesetz und Schuldenbremse und behauptet, er habe keinerlei Handlungsspielraum. Wider besseres Wissen. Denn für die Finanzierung seiner Leuchtturmprojekte ist der Senat jederzeit in der Lage, flugs umfangreiche Schattenhaushalte zu bilden.

Aber brauchen soziale Projekte oder die in Hamburg Schutz suchenden Menschen Geld für das Allernötigste, soll das durch Umschichtungen innerhalb des Kernhaushaltes finanziert werden. Sprich: Es muss an anderen, meist auch unterfinanzierten Stellen eingespart und weggekürzt werden. Und das, obwohl mehr Geld vorhanden ist als in der aktuellen Haushalts- und Finanzplanung budgetiert – dieses Jahr eben ganze 478 Millionen Euro. In Hamburg brennt es an vielen Ecken lichterloh, die soziale Infrastruktur wird eiskalt kaputtgespart. Die Armut in der Stadt wächst rapide, die soziale Spaltung vertieft sich, obwohl etwas dagegen unternommen werden kann. So wie der Senat richtigerweise aus dem Überschuss 160 Millionen Euro für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen reserviert, fordert die Fraktion DIE LINKE mit ihrem »Sofortprogramm für ein sozialeres Hamburg« zehn Investitionen und Maßnahmen im Gesamtwert der dann noch verbleibenden voraussichtlichen Mehreinnahmen von 318 Millionen Euro. Denn Armut und soziale Spaltung können und müssen bekämpft werden, eine soziale Stadtentwicklung kann und muss angepackt werden. Und zwar sofort.

Im Einzelnen fordert die Fraktion DIE LINKE:

1. Bau von 2.000 zusätzlichen Sozialwohnungen

Die Wohnungsnot in Hamburg nimmt dramatische Ausmaße an, die Maßnahmen des Senats reichen vorn und hinten nicht. Daher fordert die Fraktion DIE LINKE, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA GWG aus den Steuermeinnahmen einen zusätzlichen, zweckgebundenen Betrag



Foto: M. Fisch

von 250 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Damit könnten 2.000 zusätzliche Sozialwohnungen gebaut werden. Würde damit unverzüglich begonnen, könnten bereits nächstes Jahr rund 5.000 Hamburgerinnen und Hamburger bezahlbaren Wohnraum finden.

2. Mehr Geld für die Stadtteilentwicklung

Integration wird in den Stadtteilen geleistet, durch unzählige kleine und große Projekte und Initiativen. Zugleich entstehen derzeit weitere Quartiere. Und auch in den bereits bestehenden Stadtteilen liegt vieles im Argen, müssen etwa die Bildungsinfrastruktur und die Angebote für Familien oder Menschen mit geringem Einkommen ausgebaut, aber auch einfach Grünanlagen oder Spielplätze erhalten oder überhaupt erst angelegt werden. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE, die Zuweisungen zum Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) um 11,28 Millionen Euro aufzustocken. Damit Hamburg für alle hier lebenden Menschen lebenswert wird und bleibt.

3. Gesundheit für Hamburgs Kleinkinder

Die Gesundheit vor allem der kleinen Kinder hängt in Hamburg zunehmend vom Geldbeutel ihrer Eltern ab. Die daraus resultierenden Unterschiede bei den Entwicklungschancen werden durch die Kürzungen des Senats weiter verschärft: Babybegrüßungsbesuche und aufsuchende Mütterberatung entfallen aus finanziellen Gründen, viele Familien, die dringend Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen, werden nicht mehr erreicht. Gesundheitsberatung und -förderung von Kindern aus einkommensschwachen Familien bleiben auf der Strecke. Daher fordert die Fraktion DIE LINKE, aus den überplanmäßigen Einnahmen 800.000 Euro für Babybegrüßungsbesuche bereitzustellen. Damit könnten die jährlich 15.000 Neugeborenen von Fachleuten besucht werden, die ihre Ernährungs- und Pflegesituation beurteilen und die Eltern fachlich zur Gesundheit und Entwicklung ihres Kindes beraten.

4. Erfolgreiche Inklusion an Hamburgs Schulen

Inklusion ist in aller Munde – doch ohne wenigstens eine funktionale Ausstattung anhand der realen Bedarfe kann sie nicht gelingen. Bis 2019 sind dafür mindestens 350 zusätzliche LehrerInnen-Vollzeitstellen nötig. Daher fordert die Fraktion DIE LINKE für 2016 zusätzliche 87,5 Vollzeitstellen sowie als einmalige Anschubfinanzierung 500.000 Euro – insgesamt also 6,7 Millionen Euro. Damit könnten zumindest die nötigen Fachkräfte eingestellt werden, um Hamburgs Kinder entsprechend ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse zu fördern.

5. Ausbau der schulischen Ganztagsqualität

Nach wie vor leidet der schulische Ganztag in Hamburg unter Mängeln und Lücken. Ein Projekt des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat bewiesen, dass eine einzige zusätzliche Stunde zum direkten Übergang von Unterricht zur Ganztagsbetreuung letztere deutlich stärkt und aufwertet. Die Mehrkosten dafür betragen lediglich einen Euro pro Kind und Tag. Daher fordert die Fraktion DIE LINKE, 3,92 Millionen Euro aus den Steuerüberschüssen zu nutzen. Damit würde die Qualität des Ganztags flächendeckend für die Hamburger SchülerInnen gesteigert und gesichert werden.

6. Mehr Kita-Personal für Hamburgs Kinder

Die Situation in Hamburgs Kindertagesstätten ist weiterhin angespannt. Überall fehlen Stellen und die vereinbarten gerechtfertigten Tarifierhöhungen werden vom Senat einfach nicht refinanziert. Deshalb müssen die Träger der Einrichtungen selbst einspringen und die Steigerungen bezahlen – und anderswo wieder einsparen. Auch bei der Qualität der Kindertagesbetreuung sieht es schlecht aus, Hamburg hat noch immer einen der bundesweit schlechtesten Personalschlüssel. Im neuen Doppelhaushalt 2017/18 wird die Fraktion DIE LINKE fordern, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Ausfallzeiten vollumfänglich zu finanzieren. Als Anschubfinanzierung für die zweite Hälfte des Kalenderjahrs 2016 fordern wir die Bereitstellung von sechs Millionen Euro. Damit könnten sofort 240 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden und so zumindest die nötige mittelbare pädagogische Arbeit mit Hamburgs Kindern geleistet werden.

7. Sicherung der sozialen Einrichtungen

Bürgerhäuser, Beratungsstellen, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, sie alle sind tagtäglich mit Problemen konfrontiert, die ihre wichtige Arbeit unnötig erschweren: Überall fehlen Stellen, gerechtfertigte Tarifierhöhungen werden nicht finanziert, Zuwendungen sinken, Preissteigerungen und Tarifierhöhungen müssen anderweitig in den ohnehin schon knappen Budgets eingespart werden. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb, sofort mindestens 25 Millionen Euro für die sozialen Einrichtungen freizugeben. Nur so können sie ihre für die ganze Stadt wichtige Arbeit wenigstens halbwegs aufrechterhalten.

8. Beschäftigung für Langzeitarbeitslose

Laut Koalitionsvertrag sollen 2016 insgesamt 200 zusätzliche öffentlich geförderte Arbeitsplätze geschaffen werden. Doch als Startschuss für die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der diesen Namen auch verdient, ist das viel zu wenig und wird kaum Menschen aus den Jobcentern holen. Dafür wären mindestens 800 weitere solcher Stellen nötig. Dafür fordert die Fraktion DIE LINKE 13 Millionen Euro, die die Lohnkosten decken würden. So könnten 800 weitere Menschen aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und damit einhergehender Armut entkommen.

9. Sport für Hamburgs Kinder und Jugendliche

Hamburg präsentiert sich gern als Sportstadt, egal ob mit Olympia oder ohne. Doch die Mittel für 2016 für das Programm »Kids in die Clubs«, mit dem benachteiligte Kinder und Jugendliche für den Sport gewonnen werden sollen, sind bereits jetzt ausgeschöpft. Auch die eingeplanten Unterstützungsgelder für individuelle Sportausrüstung für einkommensschwache Familien, für Vereinsmitgliedschaften und für Sportreisen und Fahrten sind viel zu wenig. Auch für die Integration von Flüchtlingen, besonders von Kindern, fehlt den Sportvereinen das nötige Geld. Schon für 300.000 Euro könnten all diese Programme so ausgestattet werden, dass in Hamburg Sport für Kinder und Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern möglich ist.

10. Genug Deutschkurse an der Volkshochschule

Wer aus dem Ausland nach Hamburg zieht, muss Deutsch lernen – eine unerlässliche Bedingung für Kommunikation, Bildung und Arbeitsaufnahme. Den größten Teil der dafür unverzichtbaren Kurse bietet in Hamburg die Volkshochschule (VHS) an. Doch während sich der Bedarf auch durch die Fluchtbewegungen der jüngsten Zeit verdoppelt, zieht sich der Senat immer stärker aus der Finanzierung der VHS heraus. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE zusätzlich eine Million Euro für die Volkshochschule. Mit diesem im Verhältnis marginalen Betrag könnten qualifizierte Deutschkurse für Tausende Neu-HamburgerInnen angeboten und Integration erst möglich gemacht werden.



Foto: M. Joho

NOTIZ zum Verfassungsschutzbericht

Von Surya Stülpe



Hamburger Innenbehörde (Ajepbah/Wikimedia Commons)

Am 13. Juni veröffentlichte die Hamburgische Innenbehörde den Verfassungsschutzbericht 2015. Wer dieses Schauspiel seit Jahren verfolgt, ist geneigt zu sagen, dass es jedes Jahr wieder eine inhaltlich zähe, ritualisierte Prozedur ist, die dort aufgeführt wird. Aber einige wenige Nachrichten sind auch in diesem Jahr dabei, die es hervorzuheben gilt:

Erstens: Der Verfassungsschutz setzt in diesem Jahr einen Schwerpunkt auf das Thema Salafismus. So war es auch dasjenige, das in der Presse hauptsächlich reflektiert wurde. Unsere bereits alte Forderung nach einem Gesamtkonzept gegen die Radikalisierung junger Menschen sei hier aber nur kurz erwähnt.

Dass der Verfassungsschutz in seiner Pressemitteilung den »Linksextremismus« an zweiter Stelle nennt, verdeutlicht wieder einmal, dass im Landesamt für Verfassungsschutz eigene politische Ziele verfolgt werden. Die Diskreditierung der Linken und die Etablierung eines Feindbildes, das »linke Szene« heißt, gehören eindeutig dazu. Dass auch der neue Innensenator Andy Grote (SPD) sich vor diesen Karren spannen lässt, ist politisch ein schlechtes Zeichen.

Dass Herr Grote der Linken dann auch noch ein instrumentelles Verhältnis zum Antifaschismus unterstellt, ist geradezu unerträglich. Herr Grote hat offenbar keine Ahnung von Geschichte. Gleichzeitig wird hier der Kampf gegen Nazis delegitimiert, der angesichts einer Verdoppelung der Straftaten mit rechtem Hintergrund im vergangenen Jahr wichtiger ist als je zuvor.

Und zuletzt: Dass Teile der Hamburger Linkspartei, wie z.B. deren Jugendorganisation Linksjugend [solid], weiterhin beobachtet werden, ist geradezu eine Frechheit. Da wird Engagement und Beteiligung von jungen Menschen kriminalisiert. Diese Beobachtung muss sofort beendet werden.

Der Verfassungsschutzbericht ist hier herunterzuladen: www.hamburg.de/contentblob/6294598/51c84917c1b545b19d98cd1673229100/data/verfassungsschutzbericht-2015-bericht.pdf



Getäuscht, gelogen, manipuliert

Christiane Schneider über den Fall »Astrid Schütt«



Rote Flora vor der Renovierung (www.linksfraktion.de)

Mitte Mai wurde eine verdeckt ermittelnde Beamtin enttarnt, die die Polizei 2006/2007 in verschiedene linke Szenen in Hamburg eingeschleust hatte und die dort bis 2013 ihr Unwesen trieb. »Astrid Schütt«, so ihr Tarnname, war nach »Iris Schneider« und »Maria Block« der dritte Fall einer enttarnten verdeckten Ermittlerin. Wir haben auf unserer Website www.grundrechte-kampagne.de unter der Rubrik »Verdeckte Ermittlungen« für alle drei Fälle eine Materialsammlung mit Medienberichten, Ausschussprotokollen, parlamentarischen Initiativen etc. angelegt, die wir jeweils aktualisieren und die allen Interessierten einen Überblick ermöglicht.

Auch mit der Enttarnung von »Astrid Schütt« sind viele Fragen zum verdeckten Einsatz der Polizeibeamtin offen geblieben. Ich habe mit zwei Kleinen Anfragen an den Senat versucht, etwas mehr Licht ins polizeiliche Dunkel zu bringen. Der Senat antwortet schmallippig und im Wesentlichen sehr allgemein – doch machen seine Antworten die politische und rechtliche Problematik dieses Einsatzes deutlich.

»Astrid Schütt« begann ihre »KARRIERE« als verdeckt ermittelnde Beamtin ausgerechnet in einem selbstverwalteten Jugendzentrum, bei »Unser Haus« (Café Flop) in Bergedorf. »List, Tücke, Täuschung, Lüge, Erschleichung von Vertrauen« usw. gehörten »zu den Wesensmerkmalen Verdeckter Ermittler/innen«, heißt es in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags. Das macht den Einsatz im Café Flop, diesen Missbrauch von jungen Menschen, die sich zum Beispiel antifaschistisch engagierten, besonders widerwärtig. Erfreulicherweise hat der Jugendhilfeausschuss im Bezirk Bergedorf diesen Einsatz kürzlich ausdrücklich missbilligt.

Nach allem, was über den Einsatz im Café Flop bekannt ist, diente er, wie auch weitere Aktivitäten, wohl ausschließlich dem Zweck, eine Legende aufzubauen. Zu diesem Zweck hätte sich »Astrid Schütt« dann in alle möglichen Gruppen eingeschlichen, getäuscht, gelogen, Vertrauen erschlichen, poli-

tische Meinungsbildungsprozesse manipuliert. Das ist durch das Gesetz nicht gedeckt. Das Gesetz bindet einen Einsatz Verdeckter Ermittler nämlich daran, dass »dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich ist«. Oder dass »Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden sollen und dass der Einsatz zur Verhütung dieser Straftaten erforderlich ist« (§ 12 PolDVG). Auf meine Frage, ob die Schnüflei der Polizeibeamtin zu Ermittlungsverfahren geführt hätte, antwortete der Senat bezeichnenderweise nicht.

Wenn und soweit die rechtlichen Voraussetzungen aber nicht vorliegen, handelt es sich um eine unzulässige geheimdienstliche Tätigkeit der Polizei, also nicht um Gefahrenabwehr und auch nicht um Strafverfolgung. Auch auf ein weiteres Problem antwortet der Senat nur extrem ausweichend: Die Staatsanwaltschaft muss dem Einsatz verdeckter Ermittler zustimmen. Sie müsste ihn dazu prüfen. Ich frage mich, ob die Staatsanwaltschaft wirklich irgendetwas geprüft hat. (Ganz abgesehen davon, dass dem Prinzip der Kontrolle polizeilichen Handelns damit nicht ansatzweise Genüge getan wäre. Die Staatsanwaltschaft verfolgt im Prinzip dieselben Interessen wie die Polizei.)

Die spärlichen Antworten des Senats verweisen auf ein weiteres Problem. Ungeachtet des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdienst hat die Polizei Berichte der Verdeckten Ermittlerin an den Verfassungsschutz weitergeleitet, ja, »Astrid Schütt« hat sich mehrfach mit den Schlapphüten zum Austausch über die linke Szene in Hamburg getroffen.

Wie bereits vermerkt, »Astrid Schütt« ist innerhalb von anderthalb Jahren der dritte Fall einer aufgefliegenen Verdeckten Ermittlerin in linken Strukturen. Man kann davon ausgehen, dass etliche andere unentdeckt blieben bzw. sind. Neben der rechtlichen Problematik des »Legal, illegal, scheißegal«, das im Fall der bekannt gewordenen verdeckten Ermittlungen polizeiliches Handeln zu bestimmen scheint, ist die politische Di-

mension wichtig: Die Polizei offenbart mit ihrer ausgedehnten Praxis quasi geheimdienstlicher Ermittlungen, dass sie linke Strukturen in Hamburg als Feind verortet. Anders als bei der politischen Linken setzt die Polizei nach eigener Aussage im rechten Milieu keine verdeckten ErmittlerInnen ein. In einem Dokument der Innenbehörde im Zusammenhang mit unserer Forderung nach einem NSU-Untersuchungsausschuss heißt es: »Das Landeskriminalamt (LKA) Hamburg führt und führte im Bereich des Rechtsextremismus keinerlei Maßnahmen der verdeckten Verbrechensbekämpfung (V-Personen, VP oder Verdeckte Ermittler) durch.« (Anhang zum Wortprotokoll des Innenausschusses vom 5.11.2015) Auf meine etwas ungläubige Nachfrage im Ausschuss antwortete der Senat laut Wort-

protokoll: »VE im Bereich Rechts können Sie nicht ohne Saufen und Straftaten. Beides sehen wir bei unseren Polizisten nicht gerne. Das geht gar nicht.« Umso ausgiebiger infiltriert er linke Strukturen.

Die Auseinandersetzung um den Einsatz von »Astrid Schütt« und grundsätzlich um den Einsatz von polizeilichen verdeckten ErmittlerInnen in linken Strukturen geht weiter. Nicht nur mit Blick auf die im Juli 2017 bevorstehende G20-Tagung. Die Linksfraktion bereitet für September ein Hearing vor, um über die Frage zu beraten, wie geheimdienstliche Tätigkeit der Polizei in politischen Strukturen, wie polizeiliche Eingriffe in politische Meinungs- und Willensbildung unterbunden werden können.

Opfer der Berufsverbote rehabilitieren!

Von Christiane Schneider



Hintergrund: Wikimedia

Der Fachschaftrats Rechtswissenschaften der Universität Hamburg hat eine gute Initiative ergriffen. Am 10. Mai eröffnete er eine Ausstellung zu den Berufsverboten und hatte dazu zu einer Podiumsdiskussion geladen. Dr. Rolf Geffken, der zeitweilig von einem Berufsverbot betroffen war, Dr. Klaus Dammann, der zahlreiche Opfer der Berufsverbotspraxis z.T. bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertreten hatte, und Prof. em. Ingrid Kurz, die die Initiative »Weg mit den Berufsverboten« koordiniert hatte, berichteten lebendig über das Ausmaß der staatlichen Repression und des Widerstands dagegen. Aus dem Publikum meldeten sich einige von der Berufsverbotspraxis Betroffene zu Wort.

1972 hatte die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder unter Leitung von Willy Brandt den so genannten Radikalenerlass verabschiedet. Er ermöglichte, BewerberInnen für den öffentlichen Dienst die Einstellung zu verweigern und schon bestehende Beamtenverhältnisse zu beenden, wenn die Betroffenen »verfassungsfeindliche Aktivitäten« entwickelten. Dazu gehörte bereits die Mitgliedschaft in Organisationen wie der DKP oder dem KBW, zum Teil der Besuch entsprechender Veranstaltungen, die Teilnahme an Demons-

trationen oder Äußerungen gegen den Vietnamkrieg. Rund 3,5 Mio. Personen wurden auf Grundlage des Radikalenerlasses überprüft, 25.000 bis 35.000 vom Verfassungsschutz (für den der Radikalenerlass ein gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm darstellte) als »verdächtig« an die Einstellungsbehörden gemeldet. Mehr als 10.000 Berufsverbotsverfahren wurden eingeleitet, etwa 2.250 Personen wurden nicht eingestellt und 256 BeamtenInnen entlassen, die Dunkelziffer ist allerdings hoch.

In Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg gab es in den letzten Jahren parlamentarische Initiativen der rot-grünen Mehrheitsfraktionen, den Radikalenerlass abzuschaffen und sich um eine Rehabilitierung der Betroffenen und eine umfangreiche Aufarbeitung zu bemühen. Mit der Ausstellung und der Eröffnungsveranstaltung wollte der Fachschaftrats diesen Prozess hier in Hamburg einleiten. Deshalb saß auch Urs Tabbert, der justizpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, auf dem Podium. Er zeigte sich zwar interessiert, blieb aber leider völlig unverbindlich. Eingeladen, wenn auch nicht auf dem Podium, waren auch Antje Möller für die Grünen und ich für die Linksfraktion. Von uns beiden wurde die Initiative

begrüßt, sodass man hoffen kann, dass auch in Hamburg etwas in Bewegung kommt. Für die LINKE kann ich jedenfalls sagen, dass wir das Thema nun forcieren werden.

Wir hatten bereits im Sommer letzten Jahres einen entsprechenden Antrag ausgearbeitet. Darin heißt es:

Der Senat wird ersucht,

1. eine Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der in Hamburg von Berufsverboten betroffenen Personen und der Möglichkeiten ihrer politischen, gesellschaftlichen und finanziellen Rehabilitation einzurichten. In dieser Kommission sollen neben Mitgliedern der Bürgerschaft auch Betroffene, Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Initiativen beteiligt werden. Ebenso ist eine wissenschaftliche Begleitung vorzusehen. Ziel ist die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung und die öf-

fentliche Darstellung der Kommissionsergebnisse und die weitere Verwendung im Rahmen der politischen Bildung in Hamburg.

2. sich für die Rehabilitation der Betroffenen einzusetzen.

Wir hatten den Antrag damals allerdings noch nicht eingebracht, sondern ihn erst einmal der SPD und den GRÜNEN zur Diskussion zugeschickt, um nicht nur eine gute Bürgerschaftsdebatte führen, sondern tatsächlich Ergebnisse erreichen zu können. Leider blieb das Vorhaben in der Vorwahlkampfphase stecken. Deshalb sind wir dem Fachschafftsrat sehr dankbar, dass er das Thema nun auf die Tagesordnung gesetzt hat. Das Podium war sich, bis auf Urs Tabbert, einig, dass eine Rehabilitation der Betroffenen auch eine finanzielle Entschädigung beinhalten müsse. Das teilen wir. Wir bleiben dran.

Olaf Scholz & sein lethargischer Landesverband

Von Joachim Bischoff



König Olaf spricht zu den GenossInnen, 11.6.2016, Hamburg (Foto: dpa)

Die SPD Hamburg absolvierte am 11. Juni einen ihrer seit Jahren üblichen Landesparteitage. Im Zentrum dieser »Veranstaltung«: Bürgermeister Olaf Scholz, der mit überwältigender Mehrheit als Vorsitzender der Hamburger SPD im Amt bestätigt wurde. Im Bürgerhaus Wilhelmsburg stimmten 304 Delegierte für den 57-Jährigen, sieben votierten gegen ihn, einer enthielt sich der Stimme – 97,4% für Scholz! Diese Bestätigung als führender Hamburger Landespolitiker wiederholt sich seit 2009. Der zuvor unruhige und von diversen Affären geplagte Landesverband sehnte sich nach Führung und hat sie mit Scholz bekommen. Zur Machtarchitektur gehört das übliche Ritual der Landesparteitage: ein längeres Referat des Vorsitzenden Scholz und eine bescheidene, unkritische Aus-

sprache. Debatte oder gar selbstkritische Überprüfung der politischen Position kann man das nicht nennen.

Angesprochen wurde der offenkundige Personalmangel in den Hamburger Kundenzentren. Die Boulevard-Zeitungen berichten ausführlich über das »Staatsversagen«: »Zum Beantragen von Personalausweisen, Reisepässen oder Ummeldungen müssen Bürger Nerven wie Drahtseile haben. Termin-Chaos, unbesetzte Stellen... Amts-Wahnsinn! 9 Stunden Warten für einen Reisepass... Termin-Chaos! Weinkrämpfe im Kundenzentrum.« Ob irgendein verantwortlicher Politiker diese Kritik angehört und ernst genommen hat, muss offen bleiben.

Wichtiger: Die Mängel- und Fehlerliste der Hamburger SPD-Politik ist freilich weitaus länger. Sie reicht von den Defiziten

bei der Flüchtlingsunterbringung über die eklatante Perspektivlosigkeit beim Breiten- und Leistungssport, die Mängel in der Umsetzung der Ganztagsbetreuung, die sich verschärfende Wohnungsnot, aber auch die desaströse Zwischenbilanz bei der Sanierung der HSH Nordbank bis zur immer deutlicher in Erscheinung tretenden Krise in der maritimen Wirtschaft. Die Hamburger Sozialdemokratie sieht demgegenüber öffentlich und innerparteilich keinen Aufklärungs- und Verständigungsbedarf.

Verblüffen könnte auch das Schweigen der Landesdelegierten zu Scholz' Analyse des Rechtspopulismus in der »Berliner Republik«. Deutschland war auf der Landkarte des europäischen Rechtspopulismus jahrzehntelang ein weißer Fleck. Jetzt prägt die AfD die Landesparlamente und einen Großteil der Medien. Der Rechtspopulismus ist nur das Symptom eines zugrunde liegenden Problems. Und dieses besteht darin, dass etwa 70% der Bevölkerung mit dem Establishment unzufrieden sind. Bemerkenswert: Selbst die Ausbreitung des Rechtspopulismus in Deutschland war keine Debatte auf dem Landesparteitag wert und die Thesen von Olaf Scholz blieben unerörtert.

Die Parteien des bürgerlichen Lagers und der europäischen Sozialdemokratie, die die Gesellschaft und ihre Machtverhältnisse geprägt haben, sind gelähmt. Die Symptome sind eindeutig: konzeptionelle Schwäche, wachsende Hilflosigkeit bei der Mängelverwaltung und ein sich verfestigendes Amalgam von Bereicherungstrieb sowie offenkundiger Korruption. Die Parteiapparate erweisen sich als geschlossene Systeme mit verbrauchten Figuren, die angesichts wachsender sozialer Spaltungen den Kontakt mit der gesellschaftlichen Basis verlieren. Beide Parteienfamilien haben keine überzeugenden Antworten auf das schwächelnde Wirtschaftswachstum, die wachsende Kluft in den Verteilungsverhältnissen und den Niedergang der öffentlichen Infrastruktur.

Gegen die rechtspopulistische Bewegung setzt Olaf Scholz eine Gegenposition: Die AfD sei eine Partei der schlechten Laune (auf sein Papier dazu sind wir im letzten BürgerInnenbrief eingegangen).

Auf dem Landesparteitag bestärkte König Olaf die Delegierten in ihrer politischen Lethargie. In der üblichen einstündigen Ansprache würdigte er die Erfolge seiner Partei und machte gleichzeitig Mut für die Zukunft. Wenn er sich in Deutschland und Europa umschaue, stelle er fest, dass die Hamburger SPD »eine der erfolgreichsten sozialdemokratischen Parteien in Europa« sei. Na, dann ist ja auch nachvollziehbar, dass man sich über die Schwäche der deutschen oder europäischen Sozialdemokratie nicht den Kopf zerbrechen muss.

Scholz betonte, der Wohnungsbau sei das wichtigste soziale Thema der Stadt. »Wir werden alle unsere Kraft zusammennehmen und dafür sorgen, dass genügend Wohnungen gebaut werden«, sagte der Parteichef. Auch sonst laufe es ganz gut in der Hansestadt, meinte er mit Blick auf die Bundes-SPD rund 15 Monate vor der Bundestagswahl. »Wir entwickeln Konzepte, wie das, was in Hamburg gelungen ist, strategisch auch in Deutschland und Europa gelingen kann.«



Die Sozialdemokraten müssten sich nach Ansicht von Scholz in ihrem Ringen um Zustimmung wieder mehr auf die Unter- und Mittelschicht konzentrieren: »Wir müssen uns darum kümmern, dass wir die Einkommenssituation und die Perspektiven der Mittelschicht und der unteren Einkommensgruppen klar im Blick haben.« Die SozialdemokratInnen seien originär dafür zuständig, dass die Menschen von ihrem Einkommen leben können und gute Perspektiven haben.

Scholz bleibt vollständig im Unklaren, was denn die Ansatzpunkte und Konzepte der SPD für eine Korrektur der Verteilungsverhältnisse sind. Nicht nur in diesem Punkt ist er vollständig auf Linie mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Dieser hat Leitlinien für den Bundestagswahlkampf der SPD formuliert. Darin heißt es: »Von der großen Mehrheit der Deutschen wird die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland als stabil und gut empfunden, aber es gibt Verunsicherung und zu große Ungleichheit der Chancen.«

Gabriel fordert für den Wahlkampf einen »Dreiklang von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Modernisierung und Stärkung unserer Demokratie«. Es müsse Schluss sein mit den Schlachten der Vergangenheit, heißt es aus seinem Umfeld, mit Blick auf die quälenden Debatten um die Agenda 2010. Gabriel skizziert »fünf gute Gründe für einen neuen Aufbruch mit und in der SPD«. Mit dem Motto »Zuversicht statt Angst« will er der im 20%-Umfrageloch feststeckenden Partei neues Selbstbewusstsein geben. Dabei setzt er auf den Dualismus von »Solidarität« und »Leistung«.

Die SPD ist eine linke Volkspartei – so Scholz, Gabriel u.a. Allerdings finden sich hier keine Vorschläge für eine Vermögenssteuer oder ähnliche Maßnahmen, wie es die Parteilinke fordert. In Hamburg überzeugten die Delegierten durch Lethargie. Vermutlich ist dieser Markenkern der SPD für sie kein Problem. Der Absturz der Bundes-SPD auf rund 20% bleibt also ein politisches Rätsel.

Scholz schlussfolgert: Die SPD ist die Partei der Zukunft. »Wir sorgen dafür, dass Hamburg eine Hoffungsstadt ist und eine Hoffungsstadt bleibt. Eine Stadt, die daran glaubt, dass die Zukunft besser wird, und niemals denkt, dass die Vergangenheit schon gut war.« Die GenossInnen feierten Scholz für diese Worte.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Dank seltener Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Otto-Brenner-Stiftung wurde kürzlich eine höchst interessante **Studie** zur Rechtsentwicklung herausgegeben. Der Titel lautet **Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland**, Herausgeber sind Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler vom Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Zwei Hauptergebnisse: Die Zahl der Personen mit rechten Einstellungen ist im Vergleich zu Vorstudien zwar nicht gewachsen, aber »sie sind sichtbarer und lauter geworden«. Und die AfD »wirkt wie ein politischer Magnet auf Personen mit rechten Einstellungen«. Die 250seitige Studie selbst (zumindest in großen Teilen) und weiteres Material zum Thema finden sich hier: www.rosalux.de/mittestudie.

Die Linksfraktion im Bundestag hat Ende Mai ein 40seitiges **Material** unter dem Titel **Gemeinnützigkeit versus Profitlogik – Vorschläge für eine neue, soziale Wohnungspolitik** herausgegeben. »Mit dieser Broschüre unterbreiten wir Vorschläge für einen neuen gemeinnützigen Wohnungssektor. Mit diesem sollen breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem, klima- und generationengerechtem Wohnraum versorgt werden. Und es soll damit ein spürbarer Beitrag zur sozial und kulturell gemischten Stadtentwicklung geleistet werden.« Downloaden ist das Dokument hier: <http://www.linksfraktion.de/abgeordnete/heidrun-bluhm/downloads/>

Frisch erschienen ist auch der **4. Newsletter »Flüchtlingspolitik«** (Ankommen. Teilhaben. Bleiben) der Linksfraktion, der von Surya Stülpe zusammengestellt wird. In der Nummer vom 2. Juni geht es u.a. um die angeblich so »sicheren Herkunftsstaaten« und das kürzlich verabschiedete Integrationsgesetz. Der viermal im Jahr erscheinende innenpolitische Newsletter lässt sich hier bestellen: newsletter@linksfraktion-hamburg.de.

Auf den **Newsletter zu sozialpolitischen Themen** um Hartz IV, Jobcenter etc. von **Inge Hannemann**, Fachsprecherin der Linksfraktion für Arbeitsmarktpolitik, sei hierbei ebenfalls hingewiesen. Die aktuelle Ausgabe lässt sich hier aufrufen: www.inge-hannemann.de/newsletter_inge_hannemann/inge_hannemann_mdhb_newsletter_052016/.



Leise **Sicher**
Schnell **Sauber**

Viel bewegt sich in den verschiedensten Quartieren dieser Stadt, ohne dass die einen von den anderen immer etwas mitbekommen. So demonstrierten am 15. Juni z.B. BürgerInnen gegen »Hamburgs dreckigste Straße«, die **Max-Brauer-Allee**, und fordern weiterhin Tempo 30 (<http://hamburg.adfc.de/laeuft/>). Auch die **Initiative Schanzenhof** kämpft, zurzeit liegt

ein Schwerpunkt beim Ringen um das 3001 Kino (www.schanzenhof.info). Und hinsichtlich der Bebauung am **Spritzenplatz** (www.altonaer-manifest.de/spritzenplatz.php#160512-wieweiter) sowie an der **Breiten Straße** (www.altonaer-manifest.de/aktuelles.php#20160606-annaebelbe) halten die Auseinandersetzungen ebenfalls an.

Um den **Rechtsruck in der BRD und die Antworten der Linken** geht es am **Samstag, den 18. Juni**, auf dem 1. Hamburger Bildungstag der LINKEN. Von 10.30 bis 17 Uhr wird im MUT-Theater (Amandastraße 58) diskutiert. Zu den ReferentInnen zählt u.a. Harald Werner (Beauftragter des Parteivorstandes für politische Bildung), nachmittags sind Arbeitsgruppen vorgesehen.

Die diesjährige **Fahrradsternfahrt** findet am **Sonntag, den 19. Juni**, statt. Bis zu 30.000 Teilnehmende werden erwartet, die für einen nachhaltigen Ausbau des Fahrradverkehrs in die Pedale treten. Die verschiedenen Startpunkte in Hamburg sind unter www.fahrradsternfahrt.info einzusehen. Zur Abschlussveranstaltung ab 15 Uhr auf dem



Rathausmarkt ist neben Olaf Scholz auch Heike Sudmann, die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft, eingeladen.

Und nach der Sternfahrt – also ebenfalls am **Sonntag, den 19. Juni** – geht es zur Menschenkette um 16.30 Uhr auf dem Jungfernstieg: **Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt** lautet der Slogan des breiten Veranstaltungsbündnisses bundesweit. Mehr unter www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de.



Die unter dem Label **Hamburg! Gerechte Stadt** zusammengeschlossenen Einrichtungen von der Diakonie über Hinz & Kunzt bis zum Caritasverband veranstalten am **Dienstag, den 21. Juni**, ihre nächste **Podiumsdebatte**. Ab 16 Uhr steht im Nachtspeicher (Bernhard-Nocht-Straße 69a) die Frage im Mittelpunkt: **Wem gehört der öffentliche Raum?** Es diskutieren u.a. die Filmemacherin Dorothee Carl, Jenny Künkel (Uni Frankfurt a.M.), Martin Huber (Wirtschaftsbehörde) sowie die Weimarer Kulturwissenschaftlerin Sandra Schindlauer, die Moderation liegt bei Burkhard Plemper.

Unter einem **Digital Welcome Lab** ist ein neuartiger Zusammenschluss von interdisziplinären Teams zu verstehen, »die digitale Hilfsmittel und kreative Ansätze nutzen, um Hilfsorganisationen, Institutionen und Initiativen bei ihrer täglichen Arbeit mit und für Flüchtlinge zu unterstützen«. Wer Interesse an diesem Ansatz hat, schaut hier: <http://codefore.de/digitalrefugeelabs/>. Und wer es noch genauer wissen möchte, notiert sich **Mittwoch, den 22. Juni**, 10 bis 14 Uhr, Hamburg Kontor/Wikimedia (Wincklerstraße 3). An diesem Vormittag wollen ehrenamtliche ProjektbetreiberInnen in die Möglichkeiten des Labs einführen.

Nur mit uns!, so ist selbstbewusst eine **Ausstellung** überschrieben, die das **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte** vom **22. Juni bis zum 10. Juli** in der Rathaus-Diele präsentiert. Auf 32 Tafeln wird nicht nur beispielhaft das Engagement von rund 20 Stadtteilgremien veranschaulicht, das Netzwerk unterstreicht mit dieser Ausstellung auch seine Forderungen nach finanziell auskömmlicher Förderung und institutioneller Anerkennung, schließlich gilt: **Mitgestalter vor Ort brauchen Absicherung!** Die Öffnungszeiten sind montags bis freitags von 7 bis 19 Uhr, samstags 10 bis 17.30 Uhr und sonntags von 10 bis 16.30 Uhr.

Ebenfalls am **Mittwoch, den 22. Juni**, laden engagierte KollegInnen aus der Kritischen Geographie und der Sozialen Arbeit zu einem interdisziplinären **Vernetzungstreffen Kritische Stadtforschung Hamburg** ein. Die Zusammenkunft dient erst einmal dem Kennenlernen, ob daraus gemeinsame Projekte entstehen, ist offen. Treffpunkt ist um 19 Uhr das Centro Sociale (Sternstraße 2).

NUR MIT UNS!
STADTTEILBEIRÄTE:
MITGESTALTER VOR ORT BRAUCHEN ABSICHERUNG!

AUSSTELLUNG ZUM WIRKEN UND ZU DEN FORDERUNGEN DER HAMBURGER STADTTEILBEIRÄTE
22. Juni bis 10. Juli 2016
in der Rathausdiele, Rathausmarkt 1

Seit Herbst 2012 ringen Hamburgs Quartiers- und Stadtteilbeiräte um die Verstärkung und finanzielle Absicherung dieser wichtigen Gremien. Stadtteildemokratie ohne Beiräte? Für uns undenkbar! Mit der nunmehr im Rathaus präsentierten Ausstellung wollen wir nicht nur das ehrenamtliche Engagement von vielen Beiräten veranschaulichen und würdigen. Wir möchten insbesondere einen Beitrag zur bevorstehenden Bürgerschaftsdebatte um den Haushalt 2017/2018 liefern. Und in der geht es aus unserer Sicht entscheidend um die Schaffung eines überfälligen Etatpostens „Beiräte“!

Hamburg, im Juni 2016
Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte

ÖFFNUNGSZEITEN RATHAUSDIELE

Montags bis Freitags	7.00–19.00
Samstags	10.00–17.30
Sonntags	10.00–16.30



Der Deutsche Mieterbund und das erst im vergangenen Jahr gebildete Netzwerk Mieten & Wohnen laden für **Donnerstag, den 23. Juni**, nach Berlin ein. Es geht um die Frage **Brauchen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit?** – ein Thema, über das angesichts der rund eine Million fehlenden Wohnungen seit einiger Zeit vermehrt diskutiert wird. Mit der »Wiedereinführung des gemeinnützigen Wohnungsmarktsegments mit einer unternehmensbezogenen Förderung und damit unbefristeten Bindungen« könnte dem Problem begegnet werden. Die Tagung findet von 13 bis 21 Uhr in der Berliner Katholischen Akademie (Hannoversche Straße 5b) statt. Mehr Infos unter www.netzwerk-mieten-wohnen.de/content/veranstaltung-berlin-am-23juni-brauchen-wir-eine-neue-wohnungsgemeinnutzigkeit.

Eine Fachtagung **Stadtentwicklung und Naturschutz** in Hamburg bereiten der BUND und die HafenCityUniversität (HCU) für **Freitag, den 24. Juni**, vor. »Wachsen wir noch mit Weitsicht?«, so die rhetorische Frage der Veranstalter. »Oder planen wir lediglich hinterher und nehmen den Verlust wertvoller Natur- und Naherholungs-räume in Kauf? Welche Anforderungen an Siedlungsentwicklung bestehen und was hat das für Auswirkungen auf den Naturschutz?« Die Veranstaltung findet von 9 bis 16.30 Uhr in der HCU (Überseeallee 16) statt, der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 20 Euro (Studierende 7 Euro). Anmeldung an bund.hamburg@bund.net, Näheres zum Programm unter [www.http://bund-hamburg.bund.net/themen_projekte/flaechenschutz/fachtagung_stadtentwicklung_und_naturschutz_in_hamburg/](http://www.bund-hamburg.bund.net/themen_projekte/flaechenschutz/fachtagung_stadtentwicklung_und_naturschutz_in_hamburg/).



Patriotische Gesellschaft

Ein **Symposium** des Arbeitskreises Denkmalschutz der Patriotischen Gesellschaft ist am **24./25. Juni** dem Thema **Denkmalpflege für die Stadt der Zukunft** gewidmet. Das umfangreiche Programm sieht am Freitag, den 24. Juni, ab 13 Uhr allerlei Vorträge und am 25. Juni von 10 bis 13 Uhr Workshops und nachmittags weitere Diskussionen vor, u.a. um 14.30 Uhr einen Vortrag von Rainer Nagel (Bundesstiftung Baukultur, Potsdam) über »Die Stadt der Zukunft und die Rolle der Denkmalpflege«. Der Tagungsbeitrag beläuft sich auf 25 Euro, das Programm findet sich unter www.patriotische-gesellschaft.de.

»Keine Termine frei« und lange Schlangen vor den bezirklichen Kundencentern sind gegenwärtig das Synonym für eine völlig unzureichende Personalpolitik des Senats, der erklärtermaßen weiterhin alljährlich 100 Stellen zum Opfer fallen sollen, und das trotz steigender Anforderungen, einer wachsenden Bevölkerung und neuer Herausforderungen durch die Aufnahme von Flüchtlingen. Am **Donnerstag, den 30. Juni**, rückt die Linksfraktion diese unhaltbaren Zustände in den Fokus. **Scheibchenweise weggekürzt: soziale Einrichtungen in Hamburg**, lautet die Überschrift der Veranstaltung, die von 18 bis 20 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) stattfindet. Moderiert von Cansu Özdemir diskutieren auf dem Podium Prof. Dr. Johannes Richter (Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie), Sieglinde Frieß (Fachbereichsleiterin ver.di), Joachim Speicher (Geschäftsführer Der Paritätische Hamburg), Olaf Schweppe (Bürgerhaus Jenfeld), Bettina Reuter (Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle Altona) und Melanie Levin (Leitung Kita Außenmühle Harburg).



Was wenn alle Grenzen offen wären? – darüber diskutieren WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und AkteurInnen aus der Sozialen Arbeit am Ende eines gleichnamigen Diakonie-Fachtages am **Mittwoch, den 6. Juli**, von 17.30 bis 19 Uhr in der Katholischen Akademie (Herrengraben 4). Für die Teilnahme an der Podiumsdiskussion wird um eine Mail an anmeldung.wd@diakonie-hamburg.de gebeten.



Einen interessanten Vortrag gibt es am **Donnerstag, den 7. Juli**, um 18.30 Uhr in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Beim Schlump 83): Karl Christian Führer (Humboldt-Universität zu Berlin) referiert über das Thema **Sozialdemokratische Stadtsanierung und der »Widerstand gegen die Spekulanten«**. Es geht um die Kämpfe und Hausbesetzungen in der Ekhofstraße in Hohenfelde Anfang der 1970er Jahre. Der Eintritt ist frei.

Um **Strategien gegen den Pflegenotstand in den Krankenhäusern** geht es auf einer ganztägigen Veranstaltung der Linksfraktion am **Samstag, den 9. Juli**, von 10 bis 18.30 Uhr im Hamburger Rathaus. Um zu verhindern, dass die **Pflege am Boden** liegt, müsse ein Richtungswechsel her und mit der Einstellung von rund 4.000 fehlenden Pflegekräften (Berechnung von ver.di) begonnen werden. Darüber sprechen ExpertInnen und Beschäftigte, von 13.20 bis 15.20 Uhr gibt es Workshops, von 16.15 bis 17.30 Uhr ein Abschlusspodium mit Deniz Celik (Linksfraktion), Grit Wolf (Tarifbewegung Charité), Meike Saerbeck (ver.di-Aktivistin), Niels Böhlke (Politikwissen-





schaftler), Pia Zimmermann (Sprecherin für Pflegepolitik der Bundestagsfraktion der LINKEN), Win Windisch (ver.di-Sekretär aus dem Saarland) sowie als Moderatorin Dr. Margret Geitner (Geschäftsführerin der Linksfraktion).

Am **Montag, den 11. Juli**, lädt die **Initiative Prellbock** – sie wehrt sich gegen die Verlagerung des Bahnhofs Altona zum Diebsteich – ein zur BürgerInnenanhörung um 18 Uhr im Kollegienaal des Rathauses Altona (Platz der Republik 1). Hintergrund ist der Mehrheitsantrag der Bezirksversammlung

Altona zur Verlängerung der Einspruchsfrist und Durchführung einer öffentlichen Anhörung zur Schließung des Fern- und Regionalbahnhofs am jetzigen Standort, die Wirtschaftsbehörde hat dieses Ansinnen allerdings in Bausch und Bogen abgelehnt.

»Gebt uns eine Fläche, wir füllen sie mit Leben«

Von Sabine Vielhaben, Leerstandsinitiative



Auf der Parade am 28.5.2016 (Foto: Christiane Schneider)

Im Sommer 2015 zogen ca. 1.200 Geflüchtete in die Hamburger Messehallen. Schnell organisierten verschiedene Initiativen eine Stadtteilversammlung, die aufgrund des großen Zuspruchs von ca. 500 AnwohnerInnen spontan vom Centro Sociale in den größeren Knust verlegt wurde. Es fanden sich über zehn Arbeitsgruppen, die alle das Ziel hatten, die Geflüchteten in verschiedensten Bereichen zu unterstützen. Die zweite und dritte Versammlung wurde im Ballsaal des St. Pauli-Stadions durchgeführt. Im Anschluss daran bildeten sich noch neue AGs, die an wichtigen Themen in Bezug auf das Zusammenleben mit den Geflüchteten in der Stadt weiterarbeiten wollten.

So auch die »AG Leerstand«, die sich seither regelmäßig trifft. Schnell waren sich die AG-Mitglieder einig, dass man der Senatspolitik und den geplanten Großunterkünften am Rande der Stadt etwas entgegensetzen muss. Es gab unmittelbaren Handlungsbedarf und es galt, mittel- und langfristige Lösungsstrategien für ein Zusammenleben in der Stadt zu ent-

wickeln. Zunächst wurde daran gearbeitet, die menschenunwürdige Situation in der Erstaufnahme Poststraße zu entschärfen. Geplant war eine Nutzung des Hybrid-Hauses gegenüber der zentralen Erstaufnahme, als Aufenthaltsmöglichkeit, Café und Kinderbetreuung. Trotz intensiver Bemühungen konnte leider kein realisierbarer Weg gefunden werden.

Anfang 2016 fand ein Treffen mit VertreterInnen von ca. 25 Initiativen statt. Ziel war es, als breites Bündnis mit dem Thema und der Forderung »Leerstand zu Wohnraum« an die Öffentlichkeit zu gehen. Es darf nicht sein, dass viele Geflüchtete, darunter auch viele Kinder, in einer der reichsten Städte nach wie vor in Zelten, Baumärkten und Lagern untergebracht sind und dass immer noch hunderte Obdachlose auf der Straße leben müssen und selbst dort vom Ordnungsdienst vertrieben werden. Es stehen viele Gewerberäume leer, Wohnungen werden zweckentfremdet oder sind nicht vermietet. Wie ist es möglich, dass die Stadt nicht handelt und Maßnahmen ergreift, um diese Flächen umzubauen und als Wohn-



Am Tag der Parade, 28.5.2016 (Foto: Sabine Vielhaben)

raum nutzbar zu machen? Es fehlt an Konzepten für nachhaltiges, bezahlbares Bauen, an Ideen, mitten in der Stadt gemeinsam das Zusammenleben zu planen. So wurde ein Vorschlag der Architektenkammer, die Messe an den Stadtrand zu verlegen und auf dem Areal Wohnen und Leben neu zu planen, begeistert aufgenommen.

Am 28. Mai fand schließlich eine bunte PARADE und ein PUBLIC HEARING unter dem Motto »Die Stadt kennt keine Obergrenzen – beyond welcome: eine andere Planung ist möglich« statt, zu der ein breites Bündnis aus über 40 Initiativen und Trägern der Wohnungslosenhilfe aufgerufen hat. Vom Karolinenplatz zogen geschmückte Wagen und Menschen mit selbstgebastelten Häusern und Transparenten über den Rathausmarkt bis zum Axel-Springer-Haus. Zahlreiche Rednerinnen und Redner aus Hochschulen und Initiativen sowie Geflüchtete sprachen auf dem Public Hearing. Eine geflüchtete Ingenieurin fragte die Stadt, warum sie so lange Zeit in den Unterkünften zubringen müsse, ohne dass ihre Kompe-

tenzen in Anspruch genommen würden. Sie habe doch auch Ideen und Vorstellungen, wie sie hier leben möchte, und würde gerne die Planungsprozesse mitgestalten. »Gebt uns eine Fläche und wir werden diese mit Leben füllen, Ideen für das Wohnen entwickeln und für die Infrastruktur durch Existenzgründungen sorgen...«

Alle RednerInnen sprachen sich dafür aus, gemeinsam zu planen, gemeinsam Perspektiven für ein Wohnen zu entwickeln, bei dem Herkunft und sozialer Status keine Rolle spielen. Wir brauchen eine Planung, die Plattformen von Teilhabe und Aushandlung mitdenkt, die die neuen Nachbarschaften zusammenbringt. Die nachhaltigen sozialen Wohnungsbau organisiert, indem sie Genossenschaftsprojekte und neue Formen der Kommunalisierung auf den Weg bringt – statt mit den neuen Wohnsiedlungen für Geflüchtete ein Privatisierungsprogramm zum Wohle der Immobilienbranche anzuschieben.

Reiner Basowski/Gerd Pohl (Hrsg.)

Hamburg: Internationale Metropole



Vom kolonialen Erbe zur Globalisierung:
Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten, Leben

VSA:

Lesetipp: (Nicht nur) zur Vorbereitung auf G20 in Hamburg

Hamburg soll – so der erklärte Wille des Senats und des Ersten Bürgermeisters – auch zukünftig in der globalen Handelsliga mitspielen. Aber gibt es wirklich nur Gewinner der Globalisierung?

Die Herausgeber: **Reiner Basowski**, Ökonom, ist aktiv bei dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, Hamburg. **Gerd Pohl**, Sozialwissenschaftler, engagiert sich für FIAN, die Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung; Mitherausgeber von »Armes Reiches Hamburg« und »Hamburg: Gespaltene Stadt?«

Mit weiteren Beiträgen von: Joachim Bischoff/Bernhard Müller, Gertrud Falk, Katja Karger, Bianca Kühl, Jürgen Stahn, Heike Sudmann und Gerhard Weiß

Reiner Basowski / Gerd Pohl (Hrsg.): **Hamburg: Internationale Metropole**
Vom kolonialen Erbe zur Globalisierung: Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten, Leben

176 Seiten | EUR 14.80 | ISBN 978-3-89965-708-1 | **VSA: Verlag Hamburg**

Im Buchhandel oder bestellen unter www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/hamburg-internationale-metropole/

Flüchtlingsinitiativen schließen sich zusammen



Beim Park Fiction (Foto: Michael Joho)

Tausende Hamburger FlüchtlingshelferInnen übernahmen im Sommer 2015 das Ruder, um die wachsende Zahl der in Hamburg ankommenden Flüchtlinge zu begrüßen, zu begleiten und mit dem Notwendigsten auszustatten. Die Stadt war nicht nur überfordert, sie verschloss die Augen auch vor den so genannten Durchreisenden, die sich in Dänemark oder Schweden mehr Perspektiven des Verbleibens erhofften. Durchreisende, so die Argumentation des Senats über viele Wochen, seien eben auch nur Reisende, und für die trage die Deutsche Bahn die Verantwortung, mit dem Ergebnis, dass unterm Strich für diesen Personenkreis gar nichts passierte.

Hunderte Initiativen entstanden in ganz Hamburg, vor allem rund um die Erstaufnahme- und Folgeeinrichtungen, aber auch rund um Zeltlager, Baumärkte und Turnhallen und an vielen anderen Orten, um der Not der Menschen zu begegnen. Wochenlang machte beispielsweise die riesige Kleiderkammer in den Messehallen von sich reden.

Und dann gab es irgendwann einen Umschwung. So um oder nach der Jahreswende muss es gewesen sein, dass die etablierte Politik und die Medien abkamen vom Merkelschen Leitmotiv »Wir schaffen das!« hin zu einer Neuauflage des desaströsen Satzes vom Anfang der 1990er Jahre, »Das Boot ist voll«. Ohne zynisch sein zu wollen – in gleichem Maße nahmen dann auch die Übergriffe auf MigrantInnen und Geflüchtete zu, Wohnheime wurden abgepackelt, geflohene Menschen ein weiteres Mal in Angst und Schrecken versetzt. Die Kölner und Hamburger Silvesterereignisse wurden gnadenlos instrumentalisiert, um den Wechsel in der Flüchtlings- und Grenzpolitik zu legitimieren. Seitdem sind die humanistisch gesinnten, auf die allgemeinen Menschenrechte bedachten Menschen, die FlüchtlingshelferInnen und auch DIE LINKE zunehmend in die Defensive geraten.

In den letzten Monaten konnte sogar der Eindruck entstehen, es gäbe in unserer Stadt gar keine Flüchtlingsinitiativen mehr. Doch das Gegenteil ist der Fall: Neben den mehr als 100 Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge sind nach wie vor Flüchtlingsinitiativen in vermutlich dreistelliger Größenordnung engagiert und wirken im Stillen, zum Nutzen und Besten der Menschen. Das öffentliche Feld aber bestellen seit Jahresanfang mehr oder weniger die anderen, die Flüchtlingsgegner und die Skeptiker. Klaus Schomacker ist es gelungen, in kurzer Zeit diese andere Stimme – eine Melange aus berechtigter Kritik, ängstlicher Sorge um die eigene Lage und kleinen Privilegien bis hin zum rassistischen Ressentiment – auf seine Mühlen zu lenken. Ausgerechnet »Initiativen für eine gute Integration« (IfI) nannte er sein Projekt und diktiert heute dem Senat, wo es mit den Neubauten und Großsiedlungen für Geflüchtete hingehen soll.

Wir alle, aus den Initiativen, der Flüchtlingshilfe und der Linken kommend, haben diese Entwicklungen in den vergangenen Monaten schmerzhaft erlebt. Jetzt soll es wieder eine Zäsur geben: Für Montag, den 20. Juni, ruft ein Kreis von ca. 30 Personen aus rund 20 Vereinen und Initiativen zum Zusammenschluss der Hamburger Flüchtlingsinitiativen auf. Auf vier Zusammenkünften wurde dieser wichtige Schritt vorbereitet, wurden Papiere und Erklärungen erarbeitet und der organisatorische Rahmen abgesteckt. Am 20. Juni sollten sich um 19 Uhr möglichst viele Menschen im bis zu 1.000 Menschen fassenden Ballsaal des FC St. Pauli (Harald-Stender-Platz 1) einfinden, um endlich wieder ein Zeichen zu setzen und laut zu werden gegen die Abschotter und Abschieber und sowieso die Rassisten. Wir nehmen hier den von einer AG vorbereiteten Aufruf zum Zusammenschluss auf, der am kommenden Montag auf der Gründungsversammlung diskutiert und beschlossen werden soll.

Aufruf zum Zusammenschluss Hamburger Flüchtlingsinitiativen

Hamburg wächst und verändert sich. Vor allem im letzten Jahr sind Tausende Geflüchtete in unserer Stadt angekommen und werden bleiben.

Wir, die vielen HelferInnen in den Hamburger Stadtteil- und Flüchtlingsinitiativen, stellen uns dieser Aufgabe. Wir sehen sie als Chance. Und engagieren uns, um das Willkommen, die Begleitung und Förderung der Geflüchteten und damit unser aller Zusammenleben zu gestalten. Integration ist kein Schlagwort, sie ist vielmehr eine komplexe Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Integration muss auf Augenhöhe erfolgen.

Mit der heutigen Vereinigung Hamburger Flüchtlingsinitiativen bündeln wir unsere Erfahrungen und Kenntnisse und schaffen eine Plattform für den gegenseitigen Austausch und die Vertretung unserer Interessen.

Wir reden und planen mit, wenn es um die Lebenssituation der Asylsuchenden und unsere gemeinsame urbane Zukunft geht. Im konstruktiv-kritischen Dialog mit Senat, Behörden und Einrichtungsbetreibern bringen wir unsere Expertise ein, um die Geflüchteten angemessen zu versorgen und ihnen in unserer Stadt eine sichere Perspektive zu ermöglichen. Wir erwarten, als Interessenvertretung zusammen mit den Selbstorganisationen der Geflüchteten von den Behörden und Betreibern als gleichberechtigte Akteure anerkannt zu werden.

Wir werfen unsere Stärke, das enorm gewachsene Gewicht der Flüchtlingsinitiativen, in die Waagschale und rücken die Sicht der Geflüchteten in den Mittelpunkt. Wir kritisieren unzumutbare Verhältnisse (z.B. bei der Unterbringung) und eine verschärfte Abschiebep Praxis. Die Klassifizierung angeblich »sicherer Herkunftsländer«, in denen viele Menschen rechtlos sind und verfolgt werden, lehnen wir ab. Wir schließen uns in dieser Hinsicht den kritischen Analysen von ProAsyl und Amnesty International an.

Wir begreifen Migration, Flucht und Asyl als Menschenrecht. Bei uns angekommen, müssen sich die Menschen auf ein verbindliches Rechtssystem verlassen können. Asyl ist ein Grundrecht. Grundrechte von Menschen sind kein Gegenstand von Volksentscheiden. Die Würde ALLER Menschen ist unantastbar.

- Wir setzen uns ein für eine umfassende Willkommens- und Ankommenskultur.
- Wir fordern die kurzfristige Entwicklung von Standards für den Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte. Zelte und Baumärkte sind als Unterbringung menschenunwürdig.
- Wir erwarten vernünftige Bleibe-, Wohn-, Bildungs- und Arbeitsperspektiven mit entsprechenden flankierenden Programmen.
- Wir befürworten die massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus zur Sicherung des sozialen Friedens.
- Zentral für jede Form des zukünftigen Zusammenlebens ist die gleichberechtigte Beteiligung und aktive Einbeziehung der Geflüchteten und ihrer Zusammenschlüsse von Anfang an.
- Wir setzen mit unserem Engagement ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir rufen die Hamburger Stadtteil- und Flüchtlingsinitiativen auf, sich unserer Bewegung anzuschließen und unsere gemeinsame Stimme in Hamburg unüberhörbar zu machen.



Grafik von E. Ehninger, Ankommenstadt-Tagung, Dezember 2015

In diesen Zusammenhang gehört ein kurzer Rückblick auf die 2. Konferenz des Bündnisses Stadt des Ankommens, die am 10. Juni mit etwa 150 TeilnehmerInnen stattgefunden hat (s. die Ankündigung im letzten »BürgerInnenbrief«). Unter der Überschrift »Zusammenleben oder Abschieben?« ging es um die Abschiebestadt Hamburg, die im ersten Vierteljahr 2016 rund 1.000 »Rückführungen« veranlasst hat, davon 270 Abschiebungen z.T. bei Nacht und Nebel. Es gab dieses Mal kein beschlossenes Abschlussdokument, sehr wohl aber – auf der

Basis der Diskussionen und Erfahrungsberichte der Refugees und ExpertInnen – einen »Offenen Brief« an die Senatskoalitionäre aus SPD und GRÜNEN. Wir nehmen aus dem Schreiben vom 13. Juni den Forderungsteil auf, auch deswegen, weil er in den Medien so gar keinen erkennbaren Niederschlag gefunden hat.

Aus dem »Offenen Brief« des Bündnisses Stadt des Ankommens

an die Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN, die beiden BürgermeisterInnen und einige SenatorInnen vom 13. Juni, unterzeichnet von einem Dutzend AkteurInnen aus Flüchtlings- und Stadtteilinitiativen, Kirche, Wissenschaft und Gewerkschaften:

Aus aktuellem Anlass möchten wir Ihnen nun drei konkrete Forderungen dieser Tagung übermitteln und erhoffen uns, dass Sie diese im weiteren Diskurs des Senats und der ihn tragenden Parteien beherzigen.

- Wir lehnen eine Klassifizierung der Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko als »sichere Herkunftsländer« ab und fordern Sie als Vertreter der Regierungsparteien auf, sich für eine Ablehnung Hamburgs auf der Bundesratssitzung in der kommenden Woche stark zu machen. Wir begrüßen die Haltung unseres Nachbarn, des Landes Schleswig-Holstein, das bereits ein ablehnendes Votum in Aussicht gestellt hat. Sollte es trotzdem zur Annahme einer solchen Formel mit dramatischen Auswirkungen für die betroffenen Geflüchteten kommen, appellieren wir an den Senat, auf pauschale Abschiebungen zu verzichten und das im Asylrecht verankerte individuelle Prüfungsrecht anzuwenden.
- Schon aus humanitären Gründen sollte die Freie und Hansestadt Hamburg von einer Abschiebung von Kindern und Jugendlichen, d.h. auch von Familien absehen. Wenigstens aber erwarten wir, dass auf eine Abschiebung von Geflüchteten in resp. aus der Ausbildung (Schule, Lehre, Praktikum, Studium) grundsätzlich verzichtet und dies vom Senat auch öffentlich erklärt wird. Oftmals traumatisierten, im Normalfall sicherlich jungen Menschen sollte durch ihren Aufenthalt in Hamburg wenigstens die Möglichkeit garantiert werden, ihre Ausbildung zu beenden und einen anerkannten Abschluss zu machen. Wir begrüßen eine entsprechende Initiative der GEW, die sich für dieses Anliegen einsetzt.

Hamburg sollte seine beträchtlichen Ressourcen und Möglichkeiten nutzen, um einen Beitrag zur Lösung der humanitären Katastrophe der Schutzsuchenden in Griechenland zu leisten. Wir schlagen der Freien und Hansestadt Hamburg vor, die nötigen Schritte zu unternehmen, mindestens 500 Idomeni-Geflüchtete nach Hamburg zu holen und ihnen hier eine Zukunftschance zu eröffnen. Was eine Osnabrücker Initiative fordert – die Stadt mit ihren knapp 166.000 Einwohner*innen möge 50 Idomeni-Geflüchtete aufnehmen –, sollte für die mehr als zehnmal so große Elbmetropole kein Problem sein.



Rechter Populismus in Anwendung

Surya Stülpe zum Integrationsgesetz als Integrationsverhinderung von oben



Hert to stay! (Foto: Michael Joho)

Bereits als im April Eckpunkte des Entwurfs eines angeblichen Integrationsgesetzes bekannt wurden, hagelte es Kritik. Der Hauptvorwurf war und ist, dass die Bundesregierung Geflüchteten eine Integrationsverweigerung vorwerfe, aber keinerlei Anhaltspunkte oder Beweise für eine solche vorlege, vielmehr wolle sie Zwang und Sanktionen stärker im

Asylrechtssystem etablieren. Neben einigen wenigen positiv zu bewertenden Neuerungen, wie z.B. der Möglichkeit, schon nach 15 Monaten Aufenthalt Ausbildungsbeihilfe zu beantragen, oder einer Einschränkung der Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang, werden die beantragten Maßnahmen das Leben Geflüchteter in Deutschland weiter erschweren.

Viele der Neuerungen sind im Bereich **Arbeitsmarktpolitik** angesiedelt, doch was von CDU und SPD perfiderweise mit Worten wie »Integration durch Arbeit« und »fördern und fordern« abgefeiert wird, ist in Wirklichkeit die erweiterte Anwendung des Hartz-IV-Systems auf Geflüchtete. So sollen 100.000 Ein-Euro-Jobs für Geflüchtete in Aufnahmelagern geschaffen werden. Dabei wird die Aufwandsentschädigung von 1,05 auch noch auf 0,80 Euro abgesenkt. Damit wird im Wesentlichen sozialen Unternehmen als Betreibern von Flüchtlingslagern ein Geschenk gemacht. Dort, wo der Betrieb in der Hand von sozialen Unternehmen ist (wie in vielen Bundesländern), werden diesen quasi kostenfreie Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt; dort, wo der Staat selbst oder staatliche Unternehmen Betreiber sind (wie bei den die meisten Unterkünften in Hamburg), profitieren die Länderhaushalte. Geflüchtete werden zwangsweise ausgebeutet, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet und der Mindestlohn umgangen.

Keine Wahlfreiheit bei Arbeit und Wohnort

Wenn Geflüchtete diese so genannten Arbeitsgelegenheiten nicht wahrnehmen, drohen ihnen **Sanktionen** in Form der Absenkung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Bundesregierung schert sich also erneut einen feuchten Kehrriech um das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das Leistungseinschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes mit der Feststellung untersagt hatte, dass die Menschenwürde nicht migrationspolitisch zu relativieren sei. Sanktionen können ebenfalls drohen, wenn Integrationskurse nicht besucht werden.

Eine weitere massive Verschlechterung ist, dass die **Wohnsitzzuweisung**, die bislang nur während des Asylverfahrens galt, nun auch auf anerkannte Geflüchtete angewendet wird. Dass die weitere Errichtung von Hürden zur Erlangung der Niederlassungserlaubnis extrem integrationshemmend wirken wird, kann einfach nicht bestritten werden: Wer jahrelang **nur auf Abruf in einem Land geduldet**, wem der Wohnort vorgeschrieben, der Arbeitsplatz verordnet wird, der oder die dürfte kein positives Verhältnis zu dem Land und seinen Behörden aufbauen können.

Es ist nicht mal ein Jahr her, dass das »Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung« den Bundestag passierte. Auch hier wurde um Zustimmung geworben, indem hervorgehoben wurde, dass man eine Ausbildung zukünftig als Duldungsgrund akzeptieren wolle. Dasselbe Argument wird nun auch hier wie ein Heilsversprechen vor sich hergetragen, dabei wird lediglich die Gruppe der Über-21-Jährigen in die Regelung hineingenommen.

Kritik von Hilfsverbänden und Fachleuten

PRO ASYL, der Rat für Migration, die Diakonie, der Paritätische und über 100 WissenschaftlerInnen kritisierten das Integrationsgesetz in einem »**Brandbrief an die Bundesregierung**« massiv und bezeichneten es als integrationsverhindernd. Die Wohnraumzuweisung widerspreche den Erkenntnissen der Migrationsforschung, missachte das Frei-



Auf der Parade am 28.5.2016 (Foto: Christiane Schneider)

zügigkeitsrecht der Menschen, zudem widerspreche es Art. 26 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sowie Art. 33 der EU-Qualifikationsrichtlinie (Richtlinie 2011/95/EU). Außerdem werde der Eindruck vermittelt, dass seitens der Geflüchteten keine Integrationsbereitschaft bestehe, was in keiner Weise den Tatsachen entspreche, denn im Gegenteil übersteige die Nachfrage an Integrationsangeboten das Angebot erheblich.

Der Knüller zum Schluss

Kurz vor der 1. Lesung im Bundestag Anfang Juni fügte die Bundesregierung dem Integrationsgesetz noch einen echten Knüller bei: Asylanträge sollen als unbegründet abgelehnt werden können, wenn Drittstaaten, mit denen Deutschland ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen hat, bereit sind, diese Menschen aufzunehmen. Mit dieser Regelung würde jede bundesweite Diskussion um sichere Herkunftsländer der Vergangenheit angehören, denn die Bundesregierung bräuchte sie schlicht nicht mehr.

In der **Gesamtschau** lässt sich sagen, dass das Integrationsgesetz ein weiterer Schlag ins Gesicht aller Schutzsuchenden ist und ein Hohn für die gelebte Willkommenskultur von hunderttausenden Engagierter. Gleichzeitig ist es ein Kniefall vor den Rechtspopulisten, aber ganz in der Tradition schwarz-roter Flüchtlingspolitik.

Kulturtipp: »Der Weg«



Ausstellungsbesucherinnen bauen eine Notunterkunft (www.jugendkirche.info)

Über Migration und Flucht, den Umstand, dass gegenwärtig 60 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen haben, um an anderem Orte überleben zu können und eine Zukunftschance zu erheischen, darüber sprechen wir in den letzten Monaten allerorten. Manchmal erreichen einen dann die Bilder von einzelnen Menschen, von Opfern, wie dem kleinen Jungen, der tot an den Mittelmeer-Strand gespült wurde. Um diese individuellen Beweggründe und Biografien, um die Empathie für menschliches Leid und das Ringen um Würde geht es in einer interaktiven Ausstellung, die im Leo-Lippmann-Saal der Finanzbehörde (Gänsemarkt 36) vom 27. Juni bis zum 14. Juli zu sehen ist.

»Diese 2015 entwickelte Ausstellung lässt die Besucherinnen und Besucher exemplarisch erleben, was es heißt, aus der Heimat fliehen zu müssen«, ist in der Ankündigung zu lesen. »Die Teilnehmenden machen sich durch verschiedene Erlebnisräume auf den Weg. Sie bauen sich provisorische Unterkünfte, kommen mit Schleusern in Kontakt, drängen sich

in ein Boot und müssen eine Grenze überwinden, bevor sie die Chance auf ein Asyl bekommen – oder abgewiesen werden. Sie setzen sich mit Hoffnungen und den Schicksalen von Menschen auseinander und treffen auf ihrem Weg Entscheidungen, die den weiteren Verlauf ihrer »Flucht« beeinflussen.«

Diese interaktive Präsentation sensibilisiert die Teilnehmenden hinsichtlich des großen Themas Flucht. Sie bietet Anregungen und Diskussionsstoff und eröffnet, so nochmals die Veranstalter, »eigene Handlungsoptionen«.

Für den Besuch der – nur bedingt barrierefreien – Ausstellung sollten BesucherInnen zwei Stunden einplanen. Der Eintritt pro Person beträgt lediglich 1 Euro. Nötig ist allerdings eine Anmeldung unter Tel. 89 80 77 24 oder per E-Mail an pa-stor@die-jugendkirche.de.

Mehr dazu unter www.die-jugendkirche.de oder www.hamburg.de/politische-bildung.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.